

**Die aktuelle Lage der Bauwirtschaft
aus Sicht der Bevölkerung**

**Eine Repräsentativbefragung der deutschen
Bevölkerung ab 16 Jahre**

Vertraulich!

**Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung dieser Daten, ganz oder teilweise, nur mit Genehmigung des
INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH**

INHALT

Seite

VORBEMERKUNG	1
GROSSE BEDEUTUNG DER BAUBRANCHE, ABER SKEPTISCHE EINSCHÄTZUNG IHRER DERZEITIGEN LAGE	2
ÄUSSERST KRITISCHES URTEIL ÜBER DEN ZUSTAND DER INFRASTRUKTUR.....	10
BEZAHLBARER WOHNRAUM: NUR SCHWER ZU FINDEN.....	17
DIE POLITISCHE AGENDA DER BEVÖLKERUNG.....	25

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogenauszug mit Anlagen

VORBEMERKUNG

Die deutsche Bauwirtschaft – insbesondere der Wohnungsbau – steckt derzeit in einer Krise: Der Bedarf an neuem Wohnraum ist groß, doch hohe Baukosten und eine deutliche Erhöhung der Bauzinsen verhindern viele Bauprojekte; immer höhere Anforderungen für die Einhaltung von Umwelt- und Klimaschutzauflagen, insbesondere im energetischen Bereich, verschärfen die Situation zusätzlich. Hinzu kommt ein politisches Umfeld, in dem es Unternehmen der Baubranche, Investoren und privaten Bauherren an Planungssicherheit fehlt. Der starke Rückgang im Wohnungsbau und eine zunehmende Verknappung an bezahlbarem Wohnraum machen das Thema zu einem der drängendsten innerpolitischen und sozialen Themen des Landes. Es ist davon auszugehen, dass das Thema bezahlbarer Wohnraum auch im kommenden Bundestagswahlkampf zu einem Schlüsselthema werden könnte. Dies vor allem dann, wenn der Politik ausreichend bewusst gemacht wird, welche Bedeutung die Bevölkerung der Schaffung von neuem und bezahlbarem Wohnraum beimisst.

Um mehr darüber zu erfahren, welchen Stellenwert die Bevölkerung diesem Thema beimisst, beauftragten der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer bevölkerungsrepräsentativen Untersuchung zur aktuellen Situation der Bauwirtschaft.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.041 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 5. und 18. April 2024 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt. Die Untersuchungsdaten, die Zusammensetzung der Stichprobe und der Fragebogen sind im Anhang dokumentiert. Den vorliegenden Kommentarband ergänzt ein Tabellenband, der alle Ergebnisse untergliedert nach zahlreichen soziodemografischen und analytischen Untergruppen dokumentiert.

Allensbach am Bodensee,
im Mai 2024

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

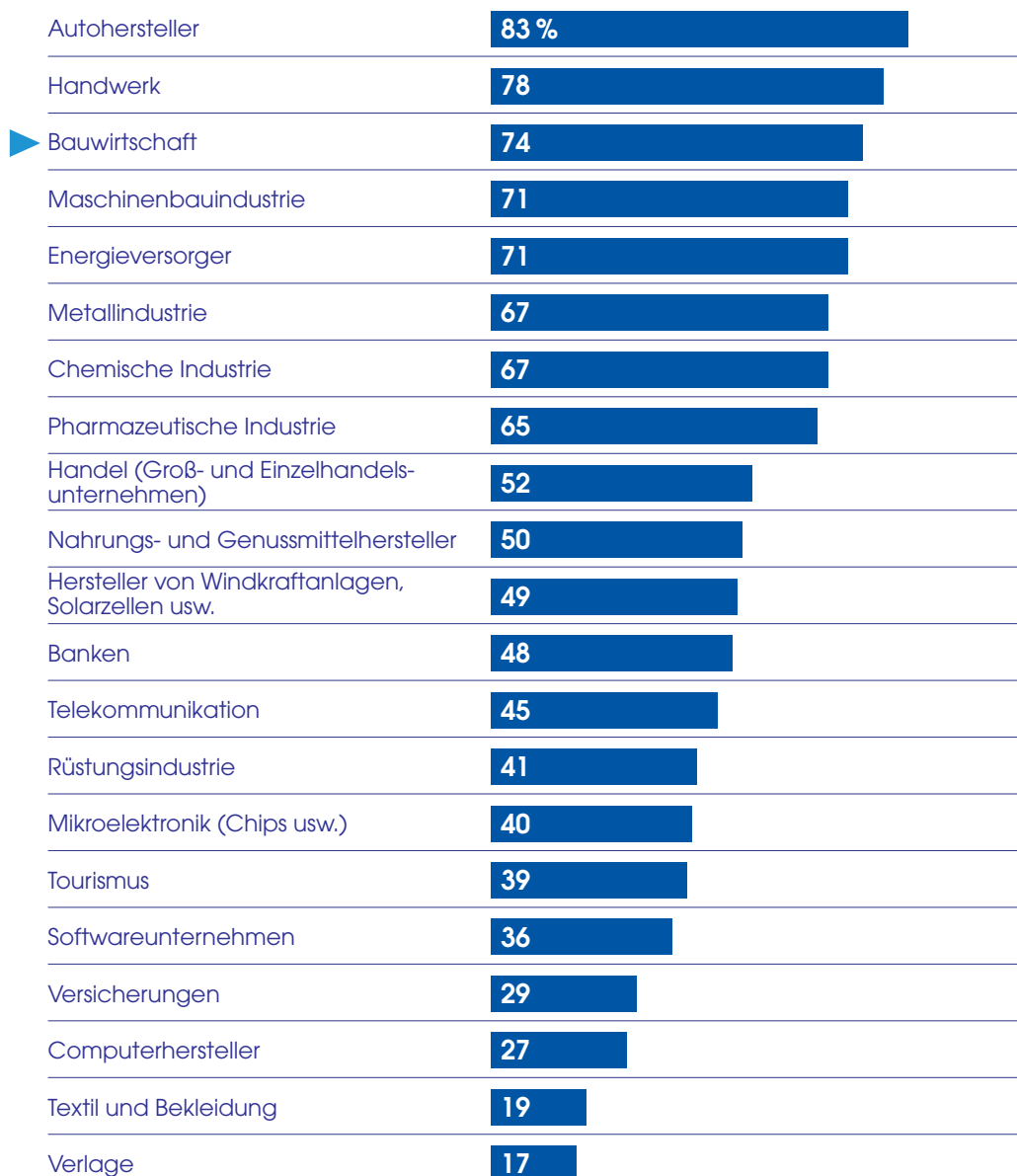
Große Bedeutung der Baubranche, aber skeptische Einschätzung ihrer derzeitigen Lage

Aus Sicht der Bevölkerung zählt die Bauwirtschaft nach wie vor zu den wichtigsten Branchen in Deutschland. Rund drei Viertel rechnen die Bauwirtschaft zu den Branchen, die für die deutsche Wirtschaft besonders wichtig sind. Die größte volkswirtschaftliche Bedeutung wird unverändert der Automobilindustrie zugeschrieben, gefolgt vom Handwerk, der Bauwirtschaft, der Maschinenbauindustrie sowie den Energieversorgern. 83 Prozent der Bevölkerung rechnen die Automobilindustrie zu den Branchen, die für Deutschland besonders wichtig sind, 78 Prozent das Handwerk, 74 Prozent die Bauwirtschaft und jeweils 71 Prozent den Maschinenbau sowie die Energieversorgungsunternehmen.

Daneben rechnet die Bevölkerung vor allem andere industrielle Branchen wie die Metallindustrie, die chemische und die pharmazeutische Industrie zu den Branchen, die für Deutschland besonders wichtig sind. Von eher untergeordneter Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind aus Sicht der Bevölkerung Verlage, die Textilbranche, Computerhersteller sowie Versicherungsunternehmen.

Wichtige Branchen für Deutschland

Frage: "Welche dieser Branchen sind für Deutschland besonders wichtig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

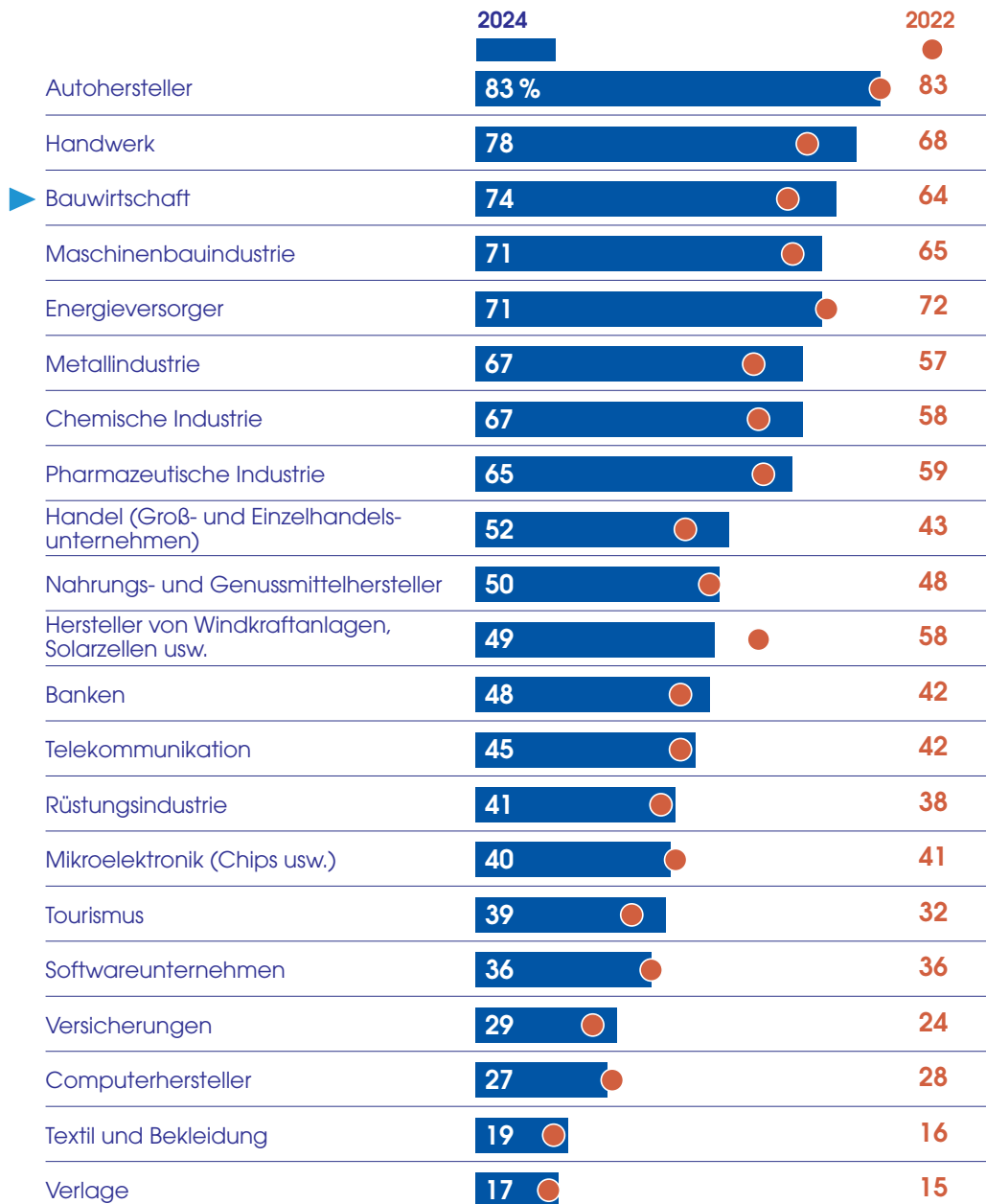
© IfD-Allensbach

Die Trendanalyse zeigt, dass vielen Branchen heute eine höhere volkswirtschaftliche Bedeutung beigemessen wird als noch vor zwei Jahren. Dies gilt besonders ausgeprägt für die Bauwirtschaft, das Handwerk, die Metallindustrie sowie für die chemische Industrie und den Handel: Stufen 2022 64 Prozent der Bevölkerung die Bauwirtschaft als besonders wichtige Branche ein, sind es aktuell 74 Prozent. Das Handwerk verzeichnete im gleichen Zeitraum einen Bedeutungsgewinn von 68 auf 78 Prozent, die Metallindustrie von 57 auf 67 Prozent, die chemische Industrie von 58 auf 67 Prozent und der Handel von 43 auf 52 Prozent. Auch die Tourismusbranche, das Bankenwesen, der Maschinenbau sowie die pharmazeutische Industrie werden aktuell von deutlich mehr Bürgerinnen und Bürgern als besonders wichtige Branchen wahrgenommen als noch vor zwei Jahren.

Der Bedeutungsgewinn vieler Wirtschaftszweige hängt eng mit der Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland zusammen. Die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung wird von der Bevölkerung mit wachsender Sorge verfolgt. Trotz des nach wie vor robusten Arbeitsmarktes interpretiert die Mehrheit die aktuelle Schwächephase dabei nicht als vorübergehenden Konjunkturerinbruch, sondern als Anzeichen einer nachhaltigen Schwächung. Das Vertrauen, dass Deutschland seine starke wirtschaftliche Position verteidigen kann, ist zurzeit erschüttert. Die Überzeugung, dass Deutschland auch in 10, 15 Jahren weltweit zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird, ist in den letzten Monaten steil zurückgegangen. In diesem Umfeld gewinnen Branchen, die aus Sicht der Bevölkerung für Deutschland zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen können, erheblich an Bedeutung.

Bedeutungsgewinn für viele Branchen in Deutschland

Frage: "Welche dieser Branchen sind für Deutschland besonders wichtig?"

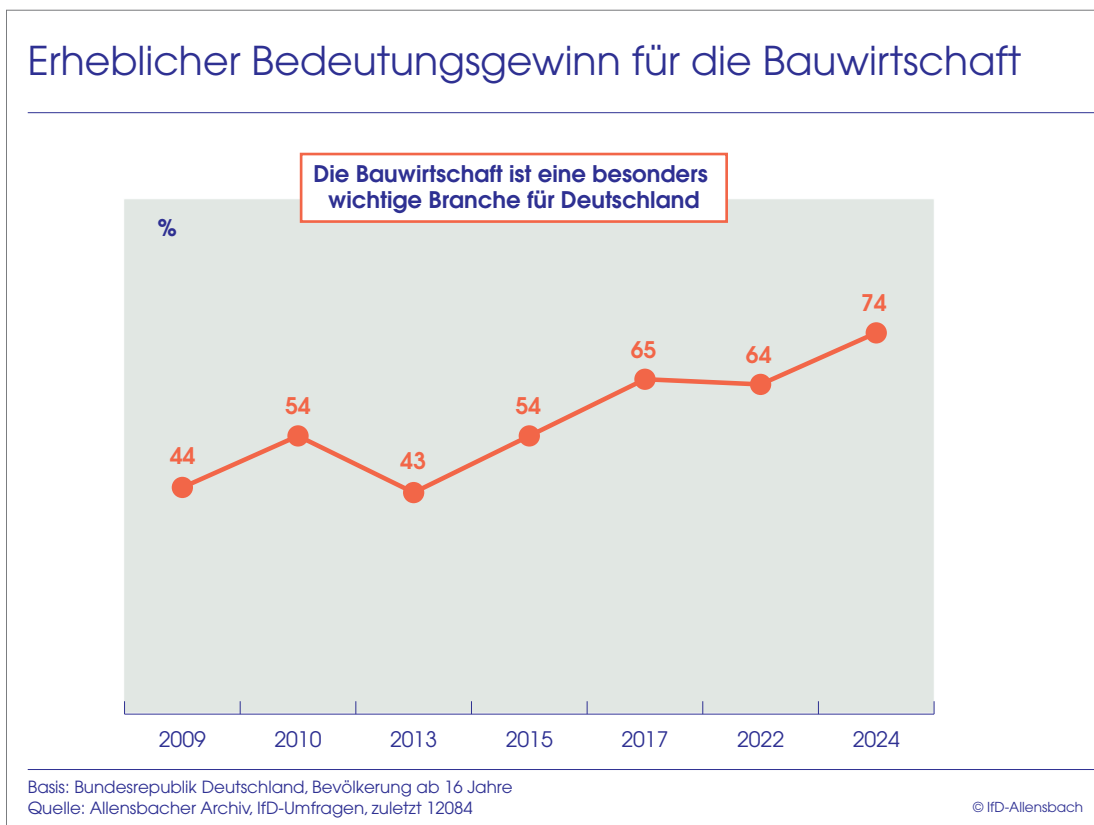


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12052 und 12084

© IfD-Allensbach

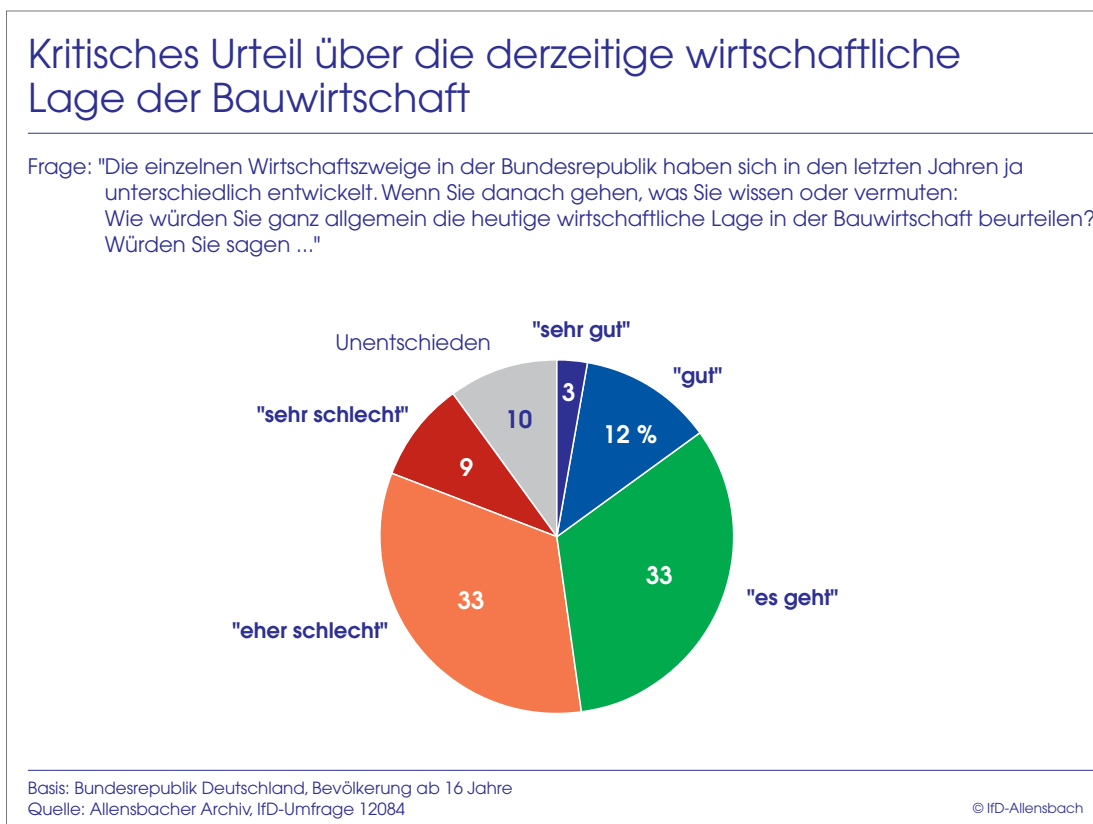
Der längerfristige Trendvergleich zeigt, dass der Bedeutungsgewinn der Bauwirtschaft mittlerweile gut zehn Jahre anhält: Im Jahr 2013 rechneten 43 Prozent der Bürger die Bauwirtschaft zu den Branchen, die für Deutschland besonders wichtig sind, 2015 54 Prozent, 2017 und 2022 jeweils knapp zwei Drittel, aktuell 74 Prozent. Bei keiner anderen Branche hat sich im Verlauf der letzten 10 Jahre die Einschätzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung so sehr verstärkt wie bei der Bauwirtschaft. Der Bedeutungsgewinn hängt hier ganz wesentlich mit der Einschätzung der Bevölkerung zusammen, dass es einen akuten Notstand auf dem Wohnungsmarkt gibt und die Infrastruktur in vielen Bereichen als sanierungsbedürftig eingestuft wird. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, braucht es aus Sicht der Bevölkerung eine starke Bauwirtschaft.

Schaubild 3



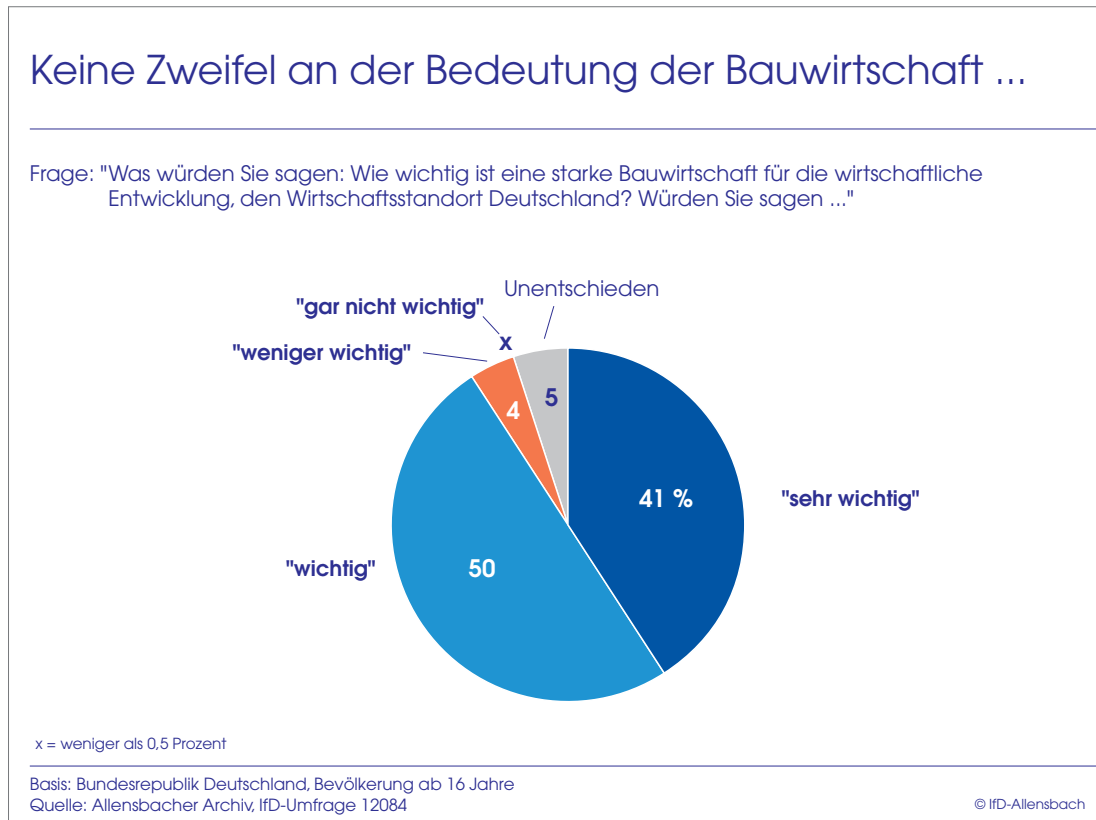
Die tatsächliche wirtschaftliche Lage der Baubranche bewertet die Mehrheit derzeit jedoch äußerst kritisch. Lediglich 15 Prozent sind der Meinung, dass es der Bauwirtschaft momentan gut oder sogar sehr gut geht. 42 Prozent ziehen hingegen eine eindeutig negative Bilanz: 33 Prozent halten die heutige wirtschaftliche Lage der Bauwirtschaft für eher schlecht, 9 Prozent sogar für sehr schlecht. Jeder Dritte schätzt die derzeitige Lage der Branche als mittelmäßig ein.

Schaubild 4



Gleichzeitig hat die überwältigende Mehrheit jedoch keinerlei Zweifel, dass eine starke Bauwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands außerordentlich wichtig ist. In dieser Frage gibt es einen nahezu vollständigen Konsens: 41 Prozent messen einer starken Bauwirtschaft eine außerordentlich große Bedeutung bei, weitere 50 Prozent eine große Bedeutung. Lediglich 4 Prozent der Bevölkerung halten eine starke Bauindustrie für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts für weniger wichtig.

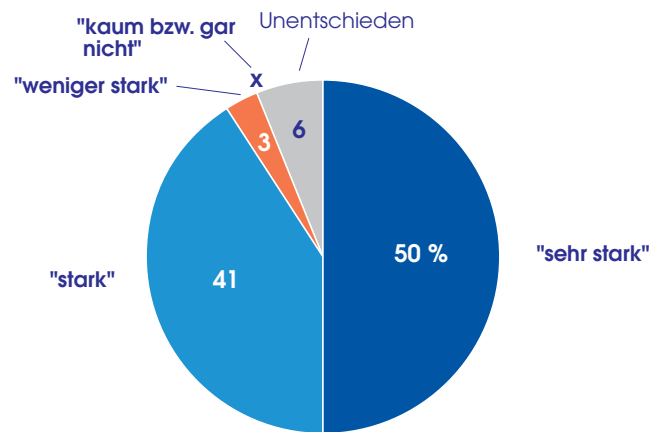
Schaubild 5



Gleiches gilt nach Überzeugung der überwältigenden Mehrheit auch für eine gute Infrastruktur: Ebenfalls insgesamt 91 Prozent sind überzeugt, dass die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sehr stark oder stark von einer guten Infrastruktur abhängt; jeder Zweite sieht hier sogar einen besonders engen Zusammenhang. Lediglich 3 Prozent halten eine gute Infrastruktur für weniger bedeutsam, wenn es um die wirtschaftliche Zukunft des Landes geht.

... sowie einer guten Infrastruktur

Frage: "Was meinen Sie: Wie stark hängt die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands von einer guten Infrastruktur ab? Würden Sie sagen ..."



x = weniger als 0,5 Prozent

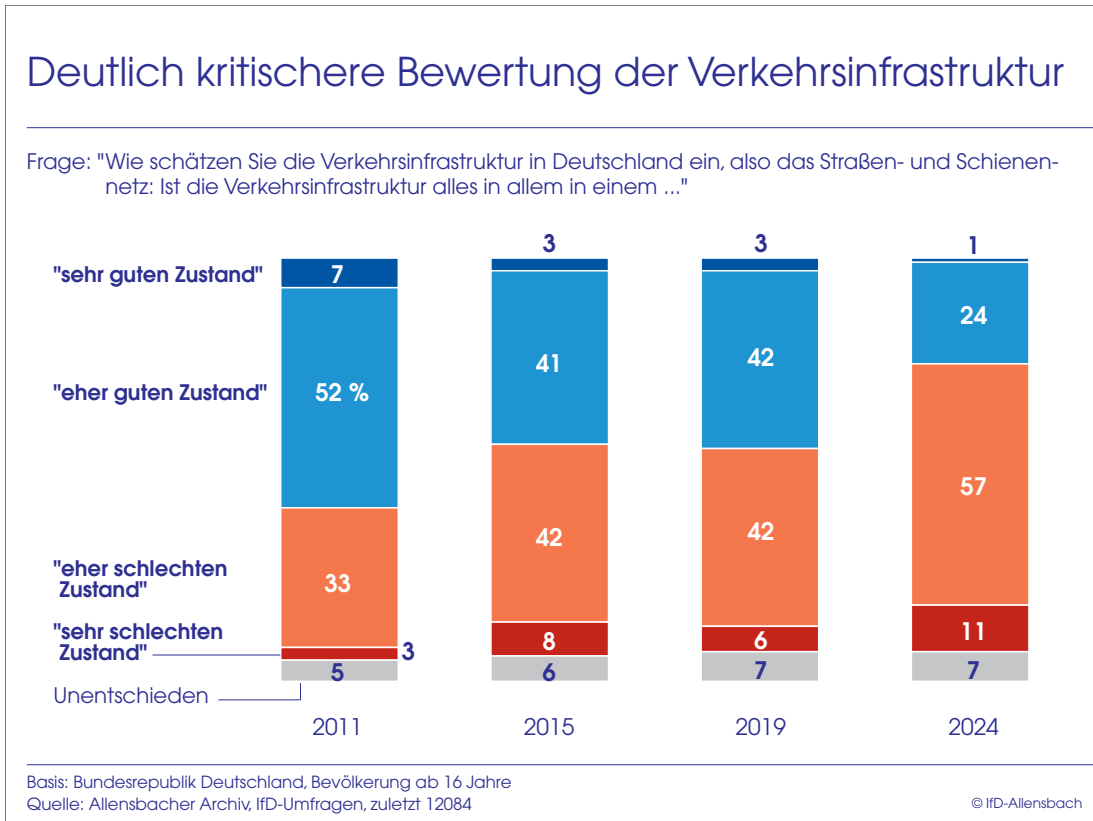
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

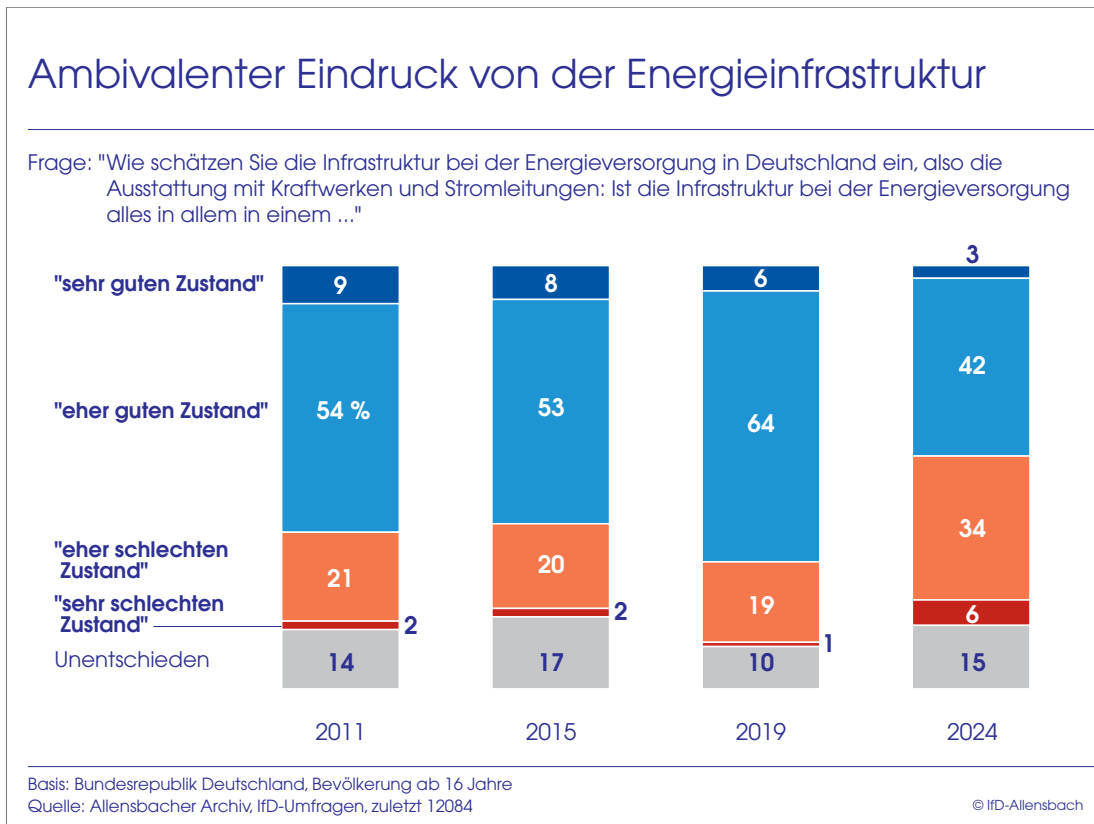
Äußerst kritisches Urteil über den Zustand der Infrastruktur

Die hohe Bedeutung, die einer guten Infrastruktur für die zukünftige Entwicklung des Landes beigemessen wird, entspricht keineswegs dem Eindruck, den die Bevölkerung vom derzeitigen Zustand der Infrastruktur in Deutschland hat. Auch wenn die unterschiedlichen Infrastrukturbereiche von der Bevölkerung durchaus unterschiedlich bewertet werden, fallen zwei Dinge auf: In allen Infrastrukturbereichen überwiegt die Kritik am derzeitigen Zustand und in allen Bereichen bewertet die Bevölkerung den derzeitigen Zustand kritischer als in der Vergangenheit.

Besonders kritisch wird die Verkehrsinfrastruktur eingeschätzt. Lediglich 25 Prozent sind überzeugt, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland alles in allem in einem überwiegend guten Zustand ist, während 68 Prozent die Situation kritisch beurteilen. Vor gut zehn Jahren wurde die Verkehrsinfrastruktur noch signifikant positiver bewertet als heute. So waren 2011 59 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass die Verkehrsinfrastruktur alles in allem in einem überwiegend guten Zustand ist, während nur 36 Prozent eine kritische Bilanz zogen. Vor fünf Jahren bewerteten immerhin noch 45 Prozent die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland positiv.



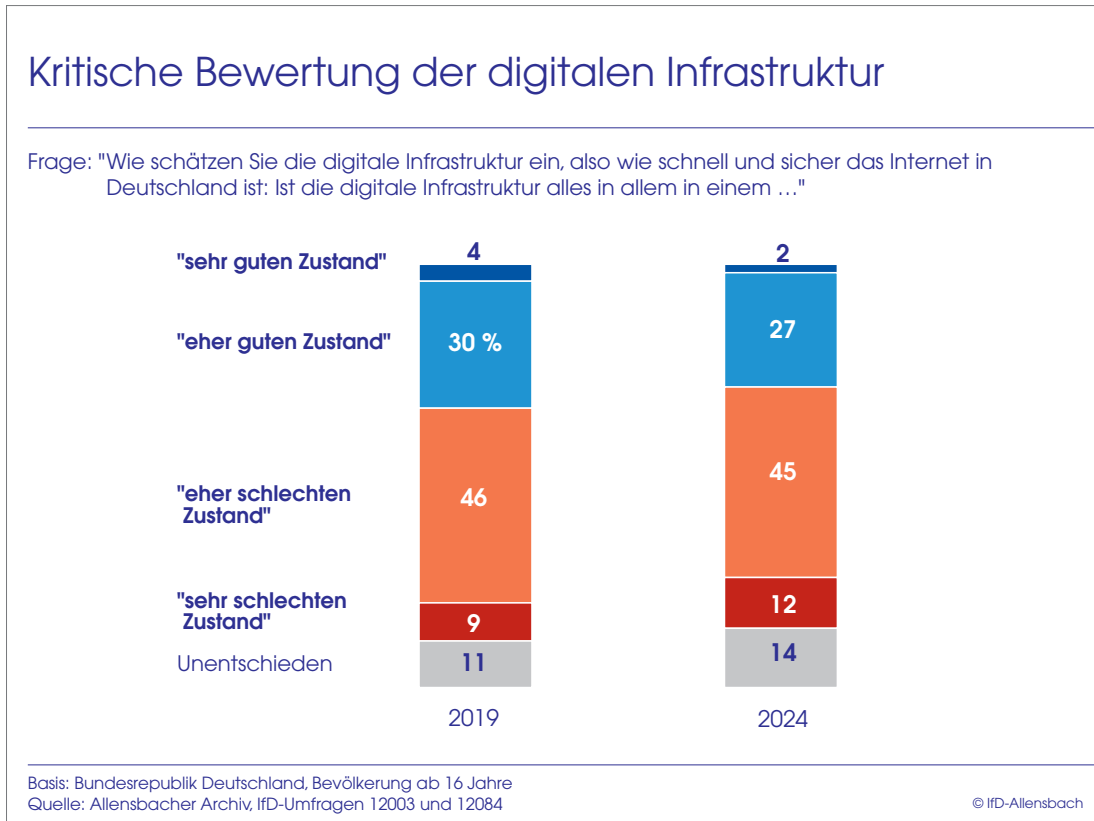
Das Urteil über die Energieversorgungsinfrastruktur fällt zwar weitaus positiver aus, aber auch hier hat die Kritik in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen: 2011 bewerteten noch 63 Prozent die Infrastruktur im Bereich der Energieversorgung positiv, 2019 sogar 70 Prozent. Aktuell sind nur noch 45 Prozent überzeugt, dass die Ausstattung mit Kraftwerken und Stromleitungen in Deutschland in einem guten oder sehr guten Zustand ist, 40 Prozent sehen mittlerweile die Energieinfrastruktur kritisch.



Noch ungünstiger wird die digitale Infrastruktur eingestuft. Lediglich 29 Prozent der Bevölkerung bewerten sie positiv, 57 Prozent kritisch; 12 Prozent ziehen sogar die Bilanz, die digitale Infrastruktur in Deutschland befinde sich in einem sehr schlechten Zustand. Auch das Urteil über die digitale Infrastruktur fällt heute tendenziell kritischer aus als noch vor fünf Jahren.

Die junge und die mittlere Generation äußern sich noch kritischer als der Durchschnitt der Bevölkerung: Während 57 Prozent der Bevölkerung den Stand der digitalen Infrastruktur als unbefriedigend einstufen, fallen 66 Prozent der unter 30-Jährigen sowie 63 Prozent der 30- bis 44-Jährigen dieses Urteil.¹

¹ Vgl. Tabelle 7 im Tabellenband.



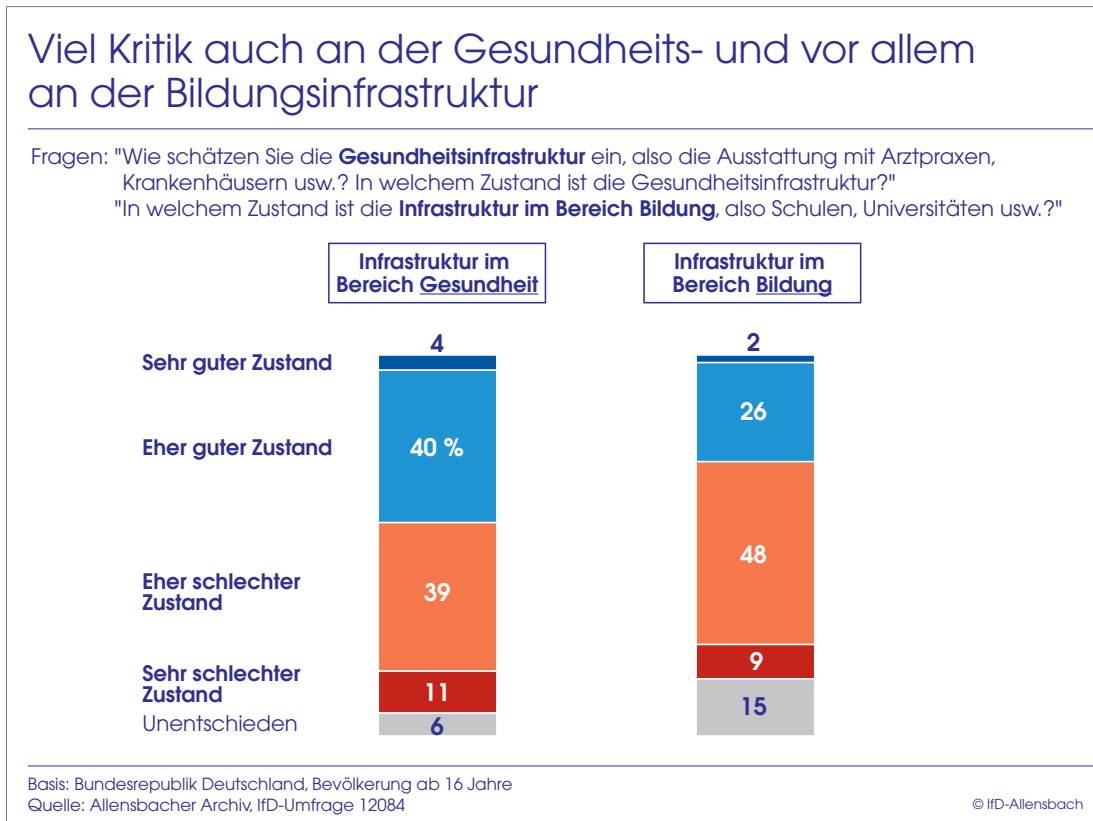
Noch vergleichsweise moderat bewertet die Bevölkerung den derzeitigen Zustand der Gesundheitsinfrastruktur: Immerhin 44 Prozent sind überzeugt, dass die Gesundheitsinfrastruktur, also die Ausstattung mit Arztpraxen, Krankenhäusern usw. in Deutschland alles in allem in einem überwiegend guten Zustand ist, jeder Zweite zieht eine negative Bilanz. Überdurchschnittlich kritisch bewertet die Landbevölkerung den Zustand der Gesundheitsinfrastruktur: Von den Bewohnern von Orten unter 5.000 Einwohnern sehen 60 Prozent die Gesundheitsinfrastruktur in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand.²

Besonders kritisch fällt das Urteil der Bevölkerung über die Bildungsinfrastruktur aus: Lediglich 28 Prozent bewerten den Zustand der Schulen und Universitäten positiv, 57 Prozent sehen den Zustand hingegen negativ. Weder für die Gesundheits- noch für die Bildungsinfrastruktur gibt es Vergleichsdaten aus früheren Untersuchungen. Es ist

² Vgl. Tabelle 8 im Tabellenband.

jedoch davon auszugehen, dass sich auch in diesen beiden Infrastrukturbereichen das Meinungsbild der Bevölkerung in den letzten Jahren nicht zum Positiven entwickelt hat.

Schaubild 10



Dafür spricht auch die Agenda der Bevölkerung für die Weiterentwicklung der Infrastruktur. Wenn die Bürger um ihre Einschätzung gebeten werden, in welchen Bereichen die Infrastruktur unbedingt verbessert bzw. ausgebaut werden muss, stehen vor allem Verbesserungen der Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur an der Spitze. So wird die Agenda der Bürger für den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur von der Renovierung der Schulen angeführt, dicht gefolgt vom Ausbau von Pflegeheimen und Pflegeplätzen, dem Wohnungsbau sowie der Modernisierung von Krankenhäusern und den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Insgesamt sehen 86 Prozent der Bevölkerung großen Bedarf für die Renovierung von Schulen, 85 Prozent für den Ausbau von Pflegeheimen und Pflegeplätzen, 83 Prozent für den

Bau neuer Wohnungen, 81 Prozent für die Modernisierung von Krankenhäusern und 78 Prozent für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Eine große Rolle spielen aus Sicht der Bevölkerung auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur: 76 Prozent halten den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs für dringend erforderlich, jeweils drei Viertel die Sanierung und Instandhaltung von Brücken sowie die Erneuerung bzw. den Ausbau des Schienennetzes, 65 Prozent die Erneuerung bzw. den Ausbau des Straßennetzes, 56 Prozent den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos und knapp jeder Zweite den Ausbau von Fahrradwegen.

Ebenfalls großen Rückhalt finden auch Forderungen nach Weiterentwicklungen in den Bereichen Energie und Digitales: 70 Prozent sehen einen großen Bedarf für den Ausbau von Versorgungsanlagen für regenerative Energien, 53 Prozent für den Bau bzw. die Erneuerung von Energietrassen, 33 Prozent auch für den Bau von Gaskraftwerken. Den Ausbau von Leitungen für das schnelle Internet halten 65 Prozent für wichtig, den Ausbau des Mobilfunknetzes 55 Prozent.

Die Agenda der Bevölkerung für die Verbesserung der Infrastruktur

Frage: "Wo sehen Sie allgemein großen Bedarf für eine Verbesserung bzw. einen Ausbau der Infrastruktur, und wo sehen Sie nur wenig Bedarf, wo reichen Ausbesserungen aus?"

Großer Bedarf für eine Verbesserung der Infrastruktur:



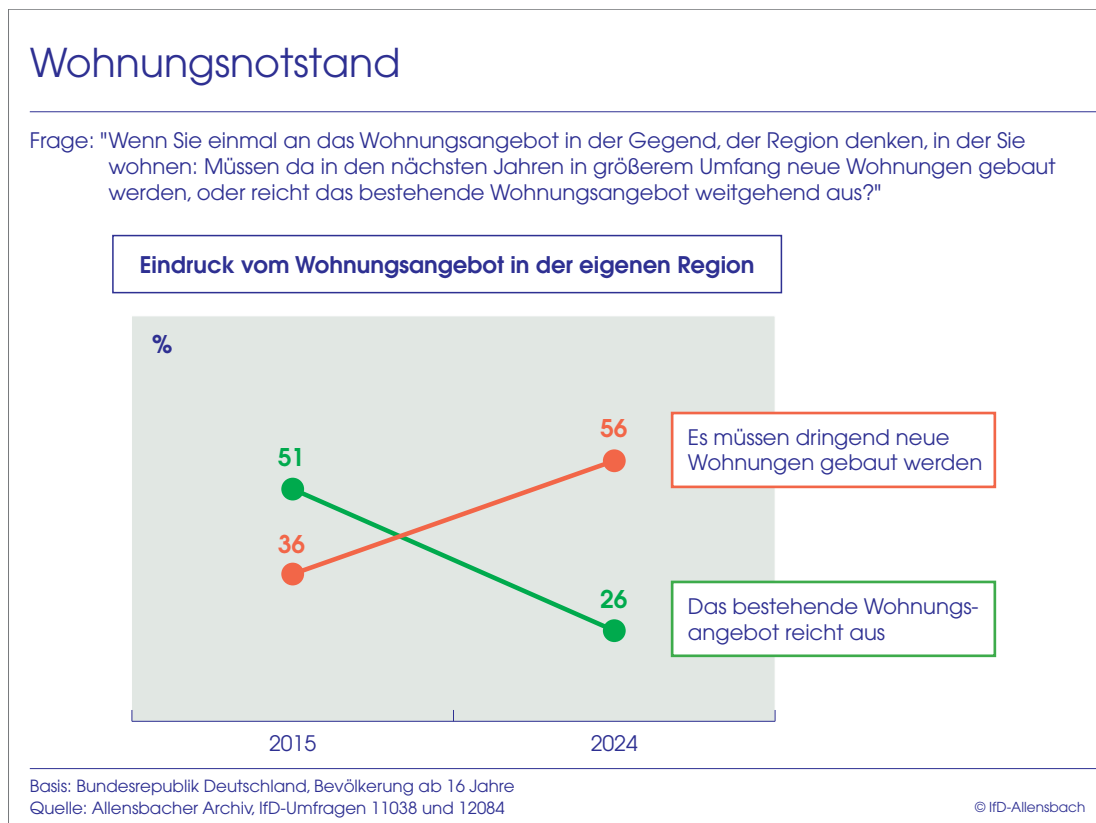
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

Bezahlbarer Wohnraum: nur schwer zu finden

Der Eindruck, dass die Infrastruktur verbessert oder ausgebaut werden müsse, hat sich in vielen Bereichen innerhalb der letzten 5 bis 10 Jahre erheblich verstärkt; dies gilt besonders ausgeprägt für den Wohnungsbau. Dies liegt auch daran, dass vielen Wohnungsnot nicht nur medienvermittelt begegnet, sondern auch im persönlichen Umfeld. 2015 hielten es gerade einmal 36 Prozent der Bevölkerung für notwendig, dass in der eigenen Gegend bzw. Region, in der man lebt, neue Wohnungen gebaut werden müssten, aktuell halten dies 56 Prozent für dringend erforderlich. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil derer, die das bestehende Wohnungsangebot in der eigenen Region für ausreichend halten, von 51 auf 26 Prozent verringert.

Schaubild 12



Besonders groß ist der Bedarf an neuen Wohnungen erwartungsgemäß in den Städten, deutlich geringer auf dem Land: Von der Landbevölkerung halten 41 Prozent das bestehende Wohnungsangebot in der eigenen Region für ausreichend, 38 Prozent fordern, dass bei ihnen dringend neue Wohnungen gebaut werden müssten. In Groß- und Mittelstädten wird die Lage komplett anders eingeschätzt: Von der Bevölkerung in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern fordern 59 Prozent, dass bei ihnen in der Gegend dringend neue Wohnungen gebaut werden müssten, von der Bevölkerung in Städten von über 20.000 Einwohnern sogar 64 Prozent. Gleichzeitig spielt es für die Bewertung dieser Frage eine große Rolle, ob jemand in einer Zuzugs- oder Wegzugsregion wohnt. Da große Teile Ostdeutschlands von Abwanderungstendenzen betroffen sind, ist hier der Eindruck, dass das bestehende Immobilienangebot ausreicht, auch weit überdurchschnittlich verbreitet: 46 Prozent der ostdeutschen, aber nur 21 Prozent der westdeutschen Bevölkerung sind der Auffassung, dass das bestehende Wohnungsangebot bei ihnen in der Region ausreicht.³

³ Vgl. Tabelle 19 im Tabellenband.

Wohnungsnot besonders in den Städten

Frage: "Wenn Sie einmal an das Wohnungsangebot in der Gegend, der Region denken, in der Sie wohnen: Müssen da in den nächsten Jahren in größerem Umfang neue Wohnungen gebaut werden, oder reicht das bestehende Wohnungsangebot weitgehend aus?"

	Bevölkerung insgesamt	Stadt und Land			
		Dörfer	Kleinstädte	Mittelstädte	Großstädte
	%	%	%	%	%
Es müssen dringend neue Wohnungen gebaut werden	56	38	54	64	59
Das bestehende Wohnungsangebot reicht aus	26	41	29	19	21
Unentschieden	18	21	17	17	20
	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12084

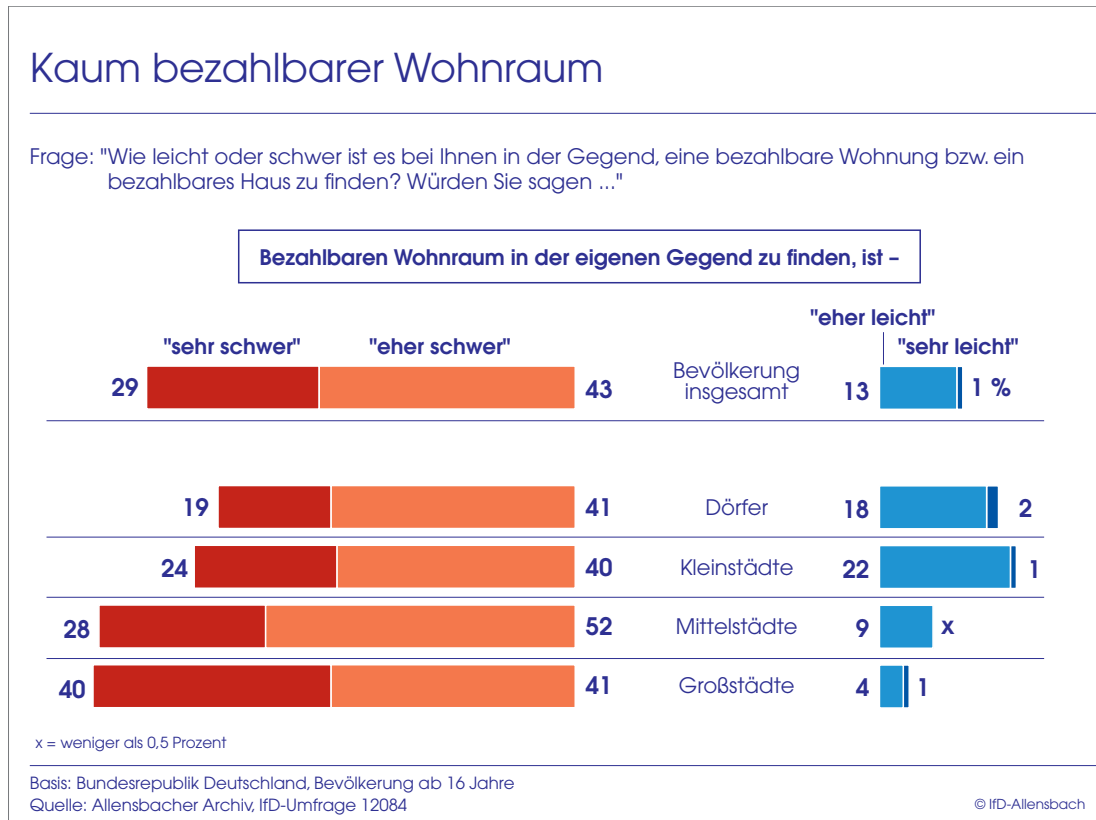
© IFD-Allensbach

Untersuchungen des Allensbacher Instituts auf Landesebene zeigen, dass es vielerorts als wichtigste landespolitische Aufgabe angesehen wird, dass die jeweilige Landesregierung für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgt. Das unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum stellt für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein großes Problem dar. Insgesamt 43 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung bezeichnen es als eher schwer, in der eigenen Gegend eine bezahlbare Wohnung oder ein bezahlbares Haus zu finden, weitere 29 Prozent sogar als sehr schwer. Lediglich 14 Prozent halten dies für (sehr) leicht.

Besonders knapp ist das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erneut in den größeren Städten: 80 Prozent der Bewohner von Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern und 81 Prozent der Bewohner von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern bezeichnen es als (sehr) schwer, in der eigenen Gegend eine bezahlbare Wohnung oder

ein bezahlbares Haus zu finden. In den Großstädten empfinden es 40 Prozent als sehr schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Schaubild 14



Die Bevölkerung setzt in ihrer Agenda für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vor allem auf die Förderung von sozialem Wohnungsbau, auf Mietpreisbremse und Mietendeckel sowie auf schnellere Baugenehmigungen sowie Lockerungen bei den staatlichen Bauvorgaben: 73 Prozent halten es für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für eine besonders geeignete Maßnahme, den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern, 68 Prozent fordern eine Begrenzung von Mieterhöhungen bzw. Mietobergrenzen, 66 Prozent eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei Bauprojekten und 60 Prozent, dass staatliche Bauvorgaben gelockert werden. Rund jeder Zweite hält es zudem für sinnvoll, dass es für den Kauf sanierungsbedürftiger Häuser staatliche Förderungen gibt, dass Geringverdiener Mietzuschüsse erhalten,

dass vermehrt Gewerbeimmobilien in Wohnraum umgewidmet werden und dass es für den Wohnungsbau steuerliche Anreize gibt.

Weniger Unterstützung findet in der Bevölkerung der Vorschlag, Wohngegenden dichter zu bebauen: Lediglich 18 Prozent halten dies für eine geeignete Maßnahme, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Prioritäten für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Frage: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Möglichkeiten, wie man mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen könnte. Was davon würde Ihrer Meinung nach besonders viel bringen?"

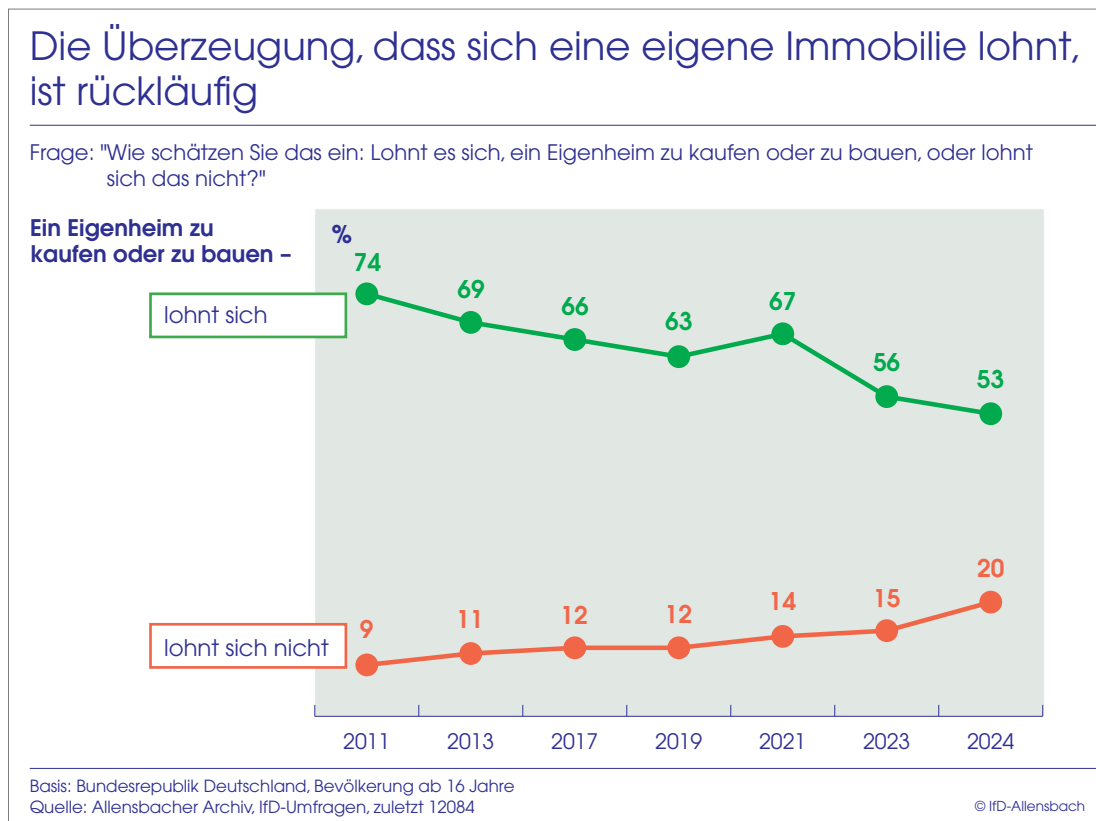


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

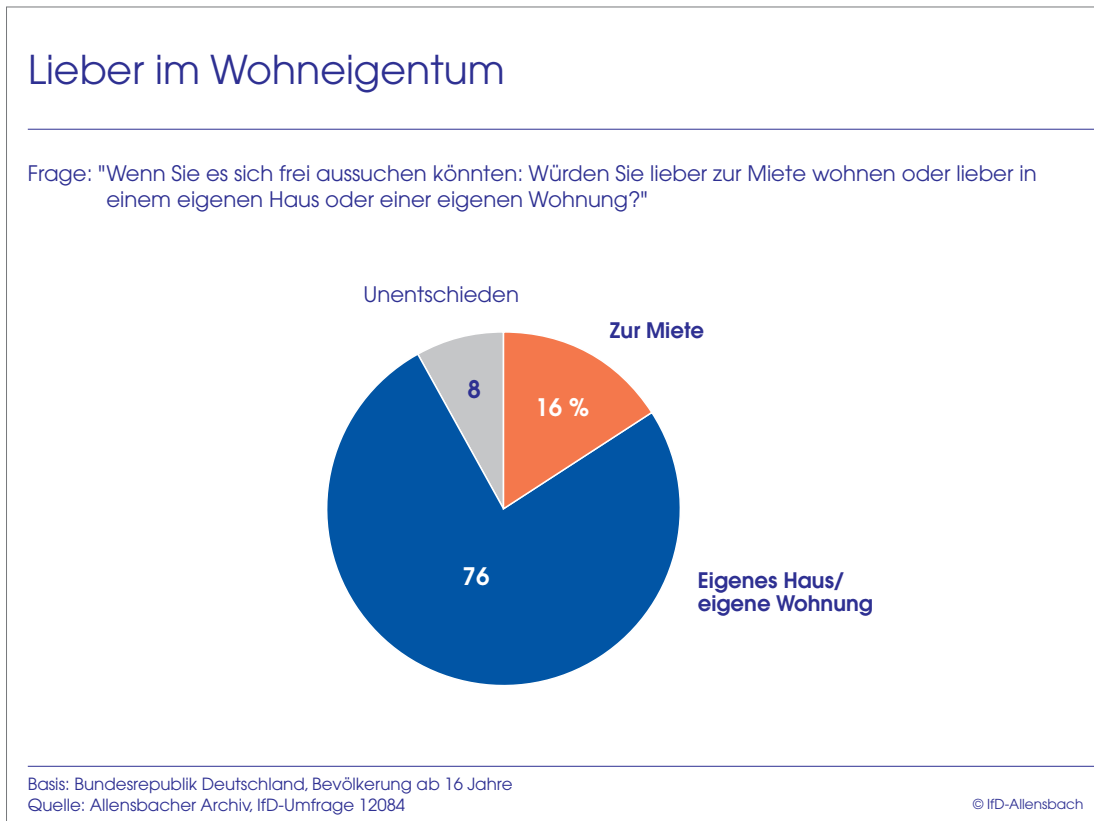
In Deutschland ist der Immobilienbesitz niedriger als in vielen anderen europäischen Ländern. Rund die Hälfte der Bevölkerung wohnt im eigenen Haus bzw. in einer Eigentumswohnung. Der Immobilienbesitz differiert dabei erheblich zwischen Stadt und Land und weiterhin auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Die eigene Immobilie steht nach wie vor in der Bevölkerung hoch im Kurs; allerdings ist die Attraktivität im Verlauf der letzten Jahre erheblich gesunken: 2011 waren noch drei Viertel der Bevölkerung überzeugt, dass es sich lohnt, ein Eigenheim zu kaufen oder zu bauen, 2021 noch zwei Drittel, aktuell nur noch gut jeder Zweite. Nach wie vor ist zwar nur eine Minderheit überzeugt, dass sich Immobilienbesitz auf keinen Fall lohnt, allerdings hat sich deren Anteil seit 2011 mehr als verdoppelt: 2011 teilten 9 Prozent der Bevölkerung die Einschätzung, dass sich der Kauf oder Bau eines Eigenheims nicht lohnt, aktuell sind es 20 Prozent.

Schaubild 16



Dennoch ist die Sehnsucht nach Wohneigentum weit verbreitet: Drei Viertel der Bevölkerung würden, wenn sie es sich frei aussuchen könnten, lieber in einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung wohnen; nur 16 Prozent würden lieber zur Miete wohnen.

Schaubild 17



Die politische Agenda der Bevölkerung

Wie sehr das Thema bezahlbarer Wohnraum die Menschen im Land beschäftigt, zeigt ein Blick auf die aktuelle politische Agenda. Die Forderung, für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, gehört aus Sicht der Bevölkerung neben der Inflationsbekämpfung, der Steuerung der Zuwanderung, dem Wirtschaftswachstum sowie der Sicherung der Energieversorgung zu den wichtigsten politischen Zielen, um die sich die Regierung derzeit kümmern sollte. Jeweils rund zwei Drittel halten es für besonders dringlich, dass sich die Regierung um diese Themen kümmert. Ähnlich viele fordern von der Regierung, dass sie für ausreichend Pflegekräfte sorgt, die Renten sichert und das Gesundheitssystem stärkt. Darüber hinaus fordert die Mehrheit mehr Engagement in der Sicherheits- und Bildungspolitik, die Senkung der Steuer- und Abgabenlast sowie einen Ausbau des Straßen- und Schienennetzes. Jeder Zweite zählt die Sanierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu den besonders dringlichen Zielen, um die sich die Regierung vor allem kümmern sollte.

Die Stärkung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung sowie die stärkere Förderung von Familien mit Kindern wird von jeweils 44 Prozent zu den besonders dringlichen Zielen gezählt, die Forcierung der Digitalisierung von 43 Prozent und die Verbesserung der Ausstattung der Bundeswehr von 39 Prozent. Die Mehrheit unterstützt zwar eine bessere Ausstattung der Bundeswehr; es gibt jedoch zahlreiche politische Ziele, die die Bevölkerung derzeit für dringlicher hält als die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit.

Die aktuelle politische Agenda der Bevölkerung

Frage: "Hier auf der Liste stehen verschiedene politische Ziele. Welche halten Sie für besonders dringlich, worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

Auch wenn die finanzielle Lage des Staates derzeit sehr viel kritischer gesehen wird als noch vor zwei, drei Jahren, fällt es der Bevölkerung schwer, Bereiche zu benennen, in denen sie Einsparpotentiale sieht. Wenn die Bürgerinnen und Bürger Einsparungen einfordern, dann am ehesten dort, wo sie für sich persönlich keine oder nur geringe Auswirkungen erwarten. So kann sich eine Mehrheit nur mit Ausgabenkürzungen für Beamte, die staatliche Verwaltung und die Entwicklungshilfe sowie für Einsparungen bei der Unterstützung von Flüchtlingen anfreunden. Knapp jeder Zweite sieht zudem Einsparpotentiale bei Integrationsmaßnahmen von Ausländern, rund vier von zehn Bürgern auch beim Ausbau von Autobahnen, der Arbeitslosenunterstützung sowie bei den Ausgaben für Kultureinrichtungen.

Ganz anders werden die Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Renten, innere Sicherheit, Kinderbetreuung und Forschungsförderung gesehen. Hier fordert durchgängig nur eine kleine Minderheit Kürzungen, die überwältigende Mehrheit dagegen eine Ausweitung der Ausgaben. Dies gilt auch für den Wohnungsbau: Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung plädieren dafür, den Rotstift bei den Ausgaben für den Wohnungsbau anzusetzen.

Sparmaßnahmen

Hier sollte der Staat sparen:

Ausgaben für Beamte und deren Pension	79 %
Staatliche Verwaltung	74
Entwicklungshilfe	63
Unterstützung von Flüchtlingen	62
Maßnahmen zur Integration, Eingliederung von Ausländern	49
Ausbau von Autobahnen	42
Arbeitslosenunterstützung	41
Kultureinrichtungen wie Theater, Museen	39
Ausstattung der Bundeswehr	27
Klimaschutz	25
Öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Büchereien usw.	22
Förderung von erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Sonne usw.)	22
Digitale Infrastruktur (Mobilfunknetze, schnelles Internet)	19
Ausbau des Schienennetzes	18
Wohnungsbau	13
Ausbau der Kinderbetreuung	12
Unterstützung von Familien mit Kindern	12
Forschungsförderung in den Bereichen Medizin, Technik usw.	10
Ausstattung der Polizei	10
Renten	9
Ausstattung von Schulen	6
Gesundheitswesen, Gesundheitssystem	5

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

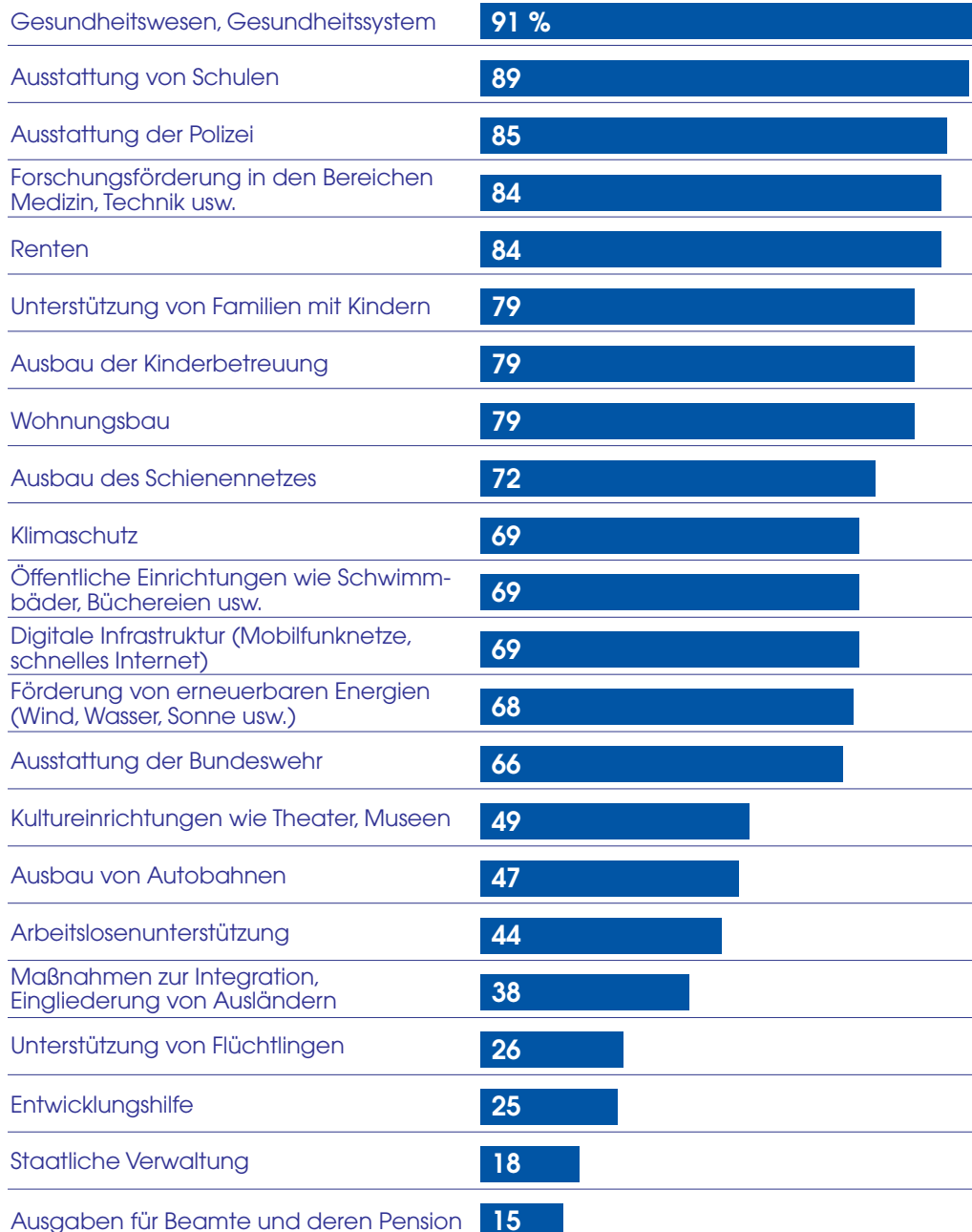
Während die Mehrheit nur in wenigen Bereichen Einsparpotentiale sieht, gibt es weitaus mehr Bereiche, die die Bevölkerung bei ihren Kürzungsüberlegungen ausklammern möchte. Dies gilt vor allem für:

- das Gesundheitswesen,
- die Ausstattung von Schulen,
- die Ausstattung der Polizei,
- die Forschungsförderung,
- das Rentensystem,
- die Unterstützung von Familien und die Betreuungsinfrastruktur,
- den Wohnungsbau,
- den Ausbau des Schienennetzes,
- den Klimaschutz,
- den Ausbau der digitalen Infrastruktur,
- die Förderung erneuerbarer Energien sowie die
- Ausstattung der Bundeswehr.

In all diesen Politikfeldern plädieren zwischen zwei Drittel und 90 Prozent der Bevölkerung dafür, dass der Staat in diesen Bereichen auf keinen Fall sparen sollte.

Wo die Bürger auf keinen Fall Einsparungen wünschen

Hier sollte der Staat auf keinen Fall sparen:



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

Für die meisten dieser Bereiche und Aufgaben gilt jedoch nicht nur, dass die Bevölkerung sie bei Sparüberlegungen ausklammern möchte, sondern dass sie hier sogar mit großer Mehrheit Mehrausgaben fordert. Dies gilt insbesondere für die Ausstattung von Schulen, für das Gesundheitswesen, für die Forschungsförderung sowie den Wohnungsbau. 87 Prozent votieren für mehr Investitionen in die Ausstattung von Schulen, 86 Prozent für Mehrausgaben im Gesundheitswesen, 81 Prozent für mehr Forschungsgelder in den Bereichen Medizin und Technik und 79 Prozent für höhere Investitionen in den Wohnungsbau. Auch für andere Infrastrukturbereiche wünscht sich eine große Mehrheit, dass der Staat dafür mehr Geld ausgibt. So plädieren 75 Prozent für mehr Investitionen in die Infrastruktur der Kinderbetreuung, 70 Prozent für den Ausbau des Schienennetzes, 68 Prozent für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, 62 Prozent für mehr Investitionen in öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien und 49 Prozent für den Ausbau von Autobahnen.

Auch bei den Renten, der Ausstattung der Polizei, der Unterstützung von Familien mit Kindern, der Förderung von erneuerbaren Energien, dem Klimaschutz und der Bundeswehr wünscht sich die große Mehrheit, dass der Staat mehr Geld investiert.

Es gibt nur wenige Bereiche, in denen eine Mehrheit Mehrausgaben für überflüssig hält. Dies gilt noch am ehesten für die Ausgaben für Beamte und die staatliche Verwaltung, für die Unterstützung von Flüchtlingen, die Entwicklungshilfe sowie die Arbeitslosenunterstützung.

Bereiche, in denen sich die Bürger Mehrausgaben wünschen

Hier sollte der Staat auf jeden Fall **mehr Geld** ausgeben:



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12084

© IfD-Allensbach

A N H A N G

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die westlichen und die östlichen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	396	135	531	Personen
B	385	125	510	Personen
Insgesamt	781	260	1041	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich westlicher und östlicher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 318 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 5. bis 18. April 2024 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12084

STATISTIK

der in der Umfrage 12084 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage April 2024			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	28	28	28	28
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	29	29	29	29
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16-29 Jahre	17	17	17	17
30-44 Jahre	21	21	21	21
45-59 Jahre	25	25	25	25
60 Jahre und älter	37	37	37	37
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2022 (Endergebnisse)

STATISTIK

der in der Umfrage 12084 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage April 2024			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	62	62	62
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE**</u>				
Arbeiter	9	9	10	9
Angestellte	43	43	43	43
Beamte	4	4	4	4
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	5	6
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	50	50	50	50
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	25	25	25	25
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	16	16	16	16
- 4 und mehr Personen	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik
Quelle: Mikrozensus 2022 (Endergebnisse)

** für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12084
April 2024

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1. INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 1 !

t "Hier auf der Liste stehen verschiedene politische Ziele. Welche halten Sie für besonders dringlich, worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 /

NICHTS DAVON 0

Nach einigen Zwischenfragen:

In der repräsentativen Halbgruppe A:

2. INTERVIEWER überreicht **blaues** Kartenspiel und **weißes** Bildblatt 2 !

t "Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

SPAREN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

AUF KEINEN FALL SPAREN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

In der repräsentativen Halbgruppe B:

2. INTERVIEWER überreicht **blaues** Kartenspiel und **weißes** Bildblatt 2 !

t "Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, für welche Bereiche der Staat mehr Geld ausgeben sollte und für welche Bereiche nicht. Wenn Sie einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat auf jeden Fall mehr Geld ausgeben oder hier ist das nicht notwendig. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

AUF JEDEN FALL MEHR
GELD AUSGEBEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

IST NICHT NOTWENDIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

An späterer Stelle im Interview:

3. INTERVIEWER überreicht **weiße** Liste 3 !

T

"Zur Wirtschaft:

Hier auf dieser Liste stehen einige Branchen, einige Wirtschaftszweige. Was meinen Sie:
Welche dieser Branchen sind für Deutschland besonders wichtig?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 /

KEINE DAVON..... 0

4. T	"Die einzelnen Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik haben sich in den letzten Jahren ja unterschiedlich entwickelt. Wenn Sie danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Wie würden Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in der Bauwirtschaft beurteilen? Würden Sie sagen ..."	"sehr gut"	1
		"gut"	2
		"es geht"	3
		"eher schlecht"	4
		"sehr schlecht"	5
		UNENTSCHIEDEN	6

5. t	"Was würden Sie sagen: Wie wichtig ist eine starke Bauwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung, den Wirtschaftsstandort Deutschland? Würden Sie sagen ..."	"sehr wichtig"	1
		"wichtig"	2
		"weniger wichtig"	3
		"gar nicht wichtig"	4
		UNENTSCHIEDEN	5

6. a) T	"Wie schätzen Sie die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ein, also das Straßen- und Schienennetz: Ist die Verkehrsinfrastruktur alles in allem in einem ..."	"sehr guten Zustand"	1
		"eher guten Zustand"	2
		"eher schlechten Zustand"	3
		"sehr schlechten Zustand"	4
		UNENTSCHIEDEN	5

b) T	"Wie schätzen Sie die Infrastruktur bei der Energieversorgung in Deutschland ein, also die Ausstattung mit Kraftwerken und Stromleitungen: Ist die Infrastruktur bei der Energieversorgung alles in allem in einem ..."	"sehr guten Zustand"	1
		"eher guten Zustand"	2
		"eher schlechten Zustand"	3
		"sehr schlechten Zustand"	4
		UNENTSCHIEDEN	5

c) T	"Und wie schätzen Sie die digitale Infrastruktur ein, also wie schnell und sicher das Internet in Deutschland ist: Ist die digitale Infrastruktur alles in allem in einem ..."	"sehr guten Zustand"	1
		"eher guten Zustand"	2
		"eher schlechten Zustand"	3
		"sehr schlechten Zustand"	4
		UNENTSCHIEDEN	5

d)	"Wie schätzen Sie die Gesundheitsinfrastruktur ein, also die Ausstattung mit Arztpraxen, Krankenhäusern usw.? In welchem Zustand ist die Gesundheitsinfrastruktur?"	SEHR GUTER ZUSTAND.....	1
		EHER GUTER ZUSTAND.....	2
		EHER SCHLECHTER ZUSTAND.....	3
		SEHR SCHLECHTER ZUSTAND.....	4
		UNENTSCHIEDEN	5

e)	"Schließlich: In welchem Zustand ist die Infrastruktur im Bereich Bildung, also Schulen, Universitäten usw.?"	SEHR GUTER ZUSTAND.....	1
		EHER GUTER ZUSTAND.....	2
		EHER SCHLECHTER ZUSTAND.....	3
		SEHR SCHLECHTER ZUSTAND.....	4
		UNENTSCHIEDEN	5

L I S T E 1

- (1) Die Wirtschaft stärken, für Wirtschaftswachstum sorgen
- (2) Die Energieversorgung in Deutschland sichern
- (3) Für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen
- (4) Bekämpfung der Inflation, der Preissteigerung
- (5) Das Gesundheitssystem stärken
- (6) Die Zuwanderung nach Deutschland regeln
- (7) Für ausreichend Pflegekräfte sorgen
- (8) Dass die Belastungen durch Steuern und Abgaben sinken
- (9) Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben
- (10) Die Digitalisierung vorantreiben
- (11) Für gute Schulen und Hochschulen sorgen
- (12) Bekämpfung von Kriminalität
- (13) Das Straßen- und Schienennetz sanieren und ausbauen
- (14) Die Renten sichern
- (15) Stärkere Förderung von Familien mit Kindern
- (16) Die Ausstattung der Bundeswehr verbessern
- (17) Dass die öffentliche Verwaltung leistungsfähiger wird

BILDBLATT 2

**HIER SOLLTE DER
STAAT SPAREN:**

**HIER SOLLTE DER STAAT
AUF KEINEN FALL SPAREN:**

BILDBLATT 2

**HIER SOLLTE DER
STAAT AUF JEDEN FALL
MEHR GELD AUSGEBEN:**

IST NICHT NOTWENDIG:

L I S T E 3

- (1) Autohersteller
- (2) Chemische Industrie
- (3) Bauwirtschaft
- (4) Metallindustrie
- (5) Telekommunikation
- (6) Energieversorger
- (7) Pharmazeutische Industrie
- (8) Computerhersteller
- (9) Versicherungen
- (10) Textil und Bekleidung
- (11) Handwerk
- (12) Tourismus
- (13) Maschinenbauindustrie
- (14) Nahrungs- und Genussmittelhersteller
- (15) Softwareunternehmen
- (16) Handel (Groß- und Einzelhandelsunternehmen)
- (17) Verlage
- (18) Mikroelektronik (Chips usw.)
- (19) Hersteller von Windkraftanlagen, Solarzellen usw.
- (20) Banken
- (21) Rüstungsindustrie

BILDBLATT 4

Da sehe ich für eine Verbesserung der Infrastruktur -

GROSSEN BEDARF:

NUR WENIG BEDARF:

L I S T E 5

- (1) Stärkere Förderung von sozialem Wohnungsbau
- (2) Mietzuschüsse für Geringverdiener (Wohngeld)
- (3) Begrenzung von Mieterhöhungen bzw. Obergrenze für Mieten
- (4) Senkung der Grunderwerbssteuer
- (5) Finanzielle Unterstützung für Menschen, die ein Eigenheim zur Altersvorsorge kaufen möchten
- (6) Dichtere Bebauung von Wohngebieten
- (7) Erhöhung bestehender Gebäude durch zusätzliche Stockwerke
- (8) Lockerung von staatlichen Vorgaben, zum Beispiel beim Energiestandard, damit Bauen günstiger wird
- (9) Verstärkter Bau von Mehrfamilienhäusern statt Einfamilienhäusern in städtischen Gebieten
- (10) Schnellere Erteilung von Baugenehmigungen
- (11) Staatliche Förderung für den Kauf von sanierungsbedürftigen Häusern
- (12) Steuerliche Anreize für den Wohnungsbau (bessere Abschreibungsmöglichkeiten)
- (13) Umbau von Gewerbeimmobilien zu Wohnraum
- (14) Bauen mit vorproduzierten, einheitlichen Bauteilen (serielles Bauen)

Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer hatten den Befragten die Karten willkürlich geordnet in die Hand zu geben.

1

Kultureinrichtungen wie Theater, Museen

1

2

Ausstattung der Polizei

2

3

Maßnahmen zur Integration, Eingliederung von Ausländern

3

4

Klimaschutz

4

5

Ausstattung von Schulen

5

6

Arbeitslosenunterstützung

6

7

Ausbau von Autobahnen

7

8

Forschungsförderung in den Bereichen Medizin, Technik usw.

8

6

Entwicklungshilfe

9.

01

Ausstattung der Bundeswehr

10

11

**Öffentliche Einrichtungen
wie Schwimmbäder,
Büchereien usw.**

11

12

**Digitale Infrastruktur
(Mobilfunknetze, schnelles
Internet)**

12

13

Ausbau des Schienennetzes

13

14

**Förderung von erneuerbaren
Energien (Wind, Wasser,
Sonne usw.)**

14

15

**Gesundheitswesen,
Gesundheitssystem**

15

16

**Unterstützung von Familien
mit Kindern**

16

17

Renten

17

18

Staatliche Verwaltung

18

19

Wohnungsbau

19

20

Unterstützung von
Flüchtlingen

20

21

Ausgaben für Beamte
und deren Pension

21

22

Ausbau der Kinder-
betreuung

22

1

**Erneuerung bzw. Ausbau
des Straßennetzes**

2

Ausbau von Fahrradwegen

1

2

3

**Erneuerung bzw. Ausbau
des Schienennetzes**

4

**Flughafenbau bzw.
-erweiterung**

3

4

5

**Ausbau des öffentlichen
Nahverkehrs**

6

**Bau bzw. Erneuerung von
Energietrassen, z.B. Hoch-
spannungsleitungen**

5

6

7

**Bau von Energieversorgungs-
anlagen für erneuerbare
Energien, z.B. Windparks,
Solaranlagen, Wasserkraft-
werke**

8

**Ausbau der Lademöglich-
keiten für Elektroautos**

7

8

6

Bau von Gaskraftwerken

01

Ausbau des Mobilfunknetzes

9.

10

11

**Ausbau von Leitungen für
schnelles Internet**

12

**Modernisierung von
Krankenhäusern**

11

12

13

Renovierung von Schulen

14

**Modernisierung von Kultur-
einrichtungen wie Bibliotheken,
Theatern, Museen**

13

14

15

Bau neuer Wohnungen

16

**Ausbau von Pflegeheimen
und Pflegeplätzen**

15

16

**Ausbau von Kinder-
betreuungseinrichtungen**

**Sanierung und Instand-
haltung von Brücken**

17

18